



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 126-2025
Vorstossart: Postulat
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.321

Eingereicht am: 04.06.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Widmer (Bern, GRÜNE) (Sprecher/in)
de Quervain (Bern, GRÜNE)
Lindegger (Roggwil, GRÜNE)
Bühler (Liebefeld, GRÜNE)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 04.09.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Meinungs- und Wirtschaftsfreiheit stärken (Trump regiert nur in den USA, nicht im Kanton Bern)

Dem Regierungsrat wird folgender Prüfungsauftrag erteilt:

- Der Kanton prüft, wie er Firmen im Kanton Bern unterstützen kann, die ihre Handelsbeziehung zur amerikanischen Botschaft verlieren, weil sie an ihren Werten und Firmen-Philosophien und den gesetzlichen und verfassungsmässigen Vorgaben festhalten.
- Gleichzeitig soll geprüft werden, wie er in dieser Angelegenheit mit kantonalen Wirtschafts- und Gewerbeverbänden zusammenarbeiten kann.

Begründung:

Anfang April wurde öffentlich, dass die amerikanische Botschaft Druck auf Firmen ausübt, die sie bis anhin belieferten. Lokale Lieferanten der US-Botschaft in Bern müssten einen Fragebogen ausfüllen, mit dem sie versichern, dass sie Massnahmen für Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion fallenlassen.

Es ist mehr als störend, dass Donald Trump und seine Administration versuchen, ihre ausgrenzende, frauenverachtende und diskriminierende Politik der ganzen Welt aufzuzwingen. Der 47. Präsident der USA gebärdet sich als Weltpräsident und lässt andere Meinungen und Weltansichten nicht mehr gelten.

Es darf und kann nicht sein, dass im Kanton Bern Firmen genötigt werden, Massnahmen für Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion fallenzulassen – vor allem dann, wenn das Festhal-

ten an diesen Werten zu wirtschaftlichen Problemen führen würde. Gleichberechtigung, Diskriminierungsverbote und Inklusion sind verfassungsmässige Grundwerte im Kanton und in der ganzen Schweiz. Der Kanton muss mithelfen, dass diese Grundwerte erhalten bleiben und nicht wirtschaftlich wegbedungen werden können oder dürfen.

Deshalb soll der Kanton prüfen, wie er Firmen, die, weil sie dem Druck der amerikanischen Botschaft nicht nachgeben, in wirtschaftliche Probleme rutschen könnten, unterstützen und ihnen einen Weg aus diesem rechtlichen Dilemma aufzeigen kann. Gleichzeitig soll abgeklärt werden, wie der Kanton dies in Kooperation mit kantonalen und lokalen Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen bewerkstelligen könnte.

Begründung der Dringlichkeit: Die Massnahme kann für Berner Firmen und Handelspartner der US-Botschaft kurzfristig einschneidende Folgen haben.

Verteiler

– Grosser Rat